

## Vom Mythos der Volksgemeinschaft

Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 – 1939 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, ehemals Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 22), Westdeutscher Verlag, Opladen 1975, LXIV, 1299 S., Ln., 148 DM.

Nahezu gleichzeitig haben Mitte der Sechzigerjahre zwei Autoren die Sozialgeschichte des »Dritten Reiches« gegen den Strich gängiger Meinungen gebürstet: Der Nationalsozialismus, das ist die übereinstimmende These von Ralf Dahrendorf in »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« und David Schoenbaum in »Hitler's Social Revolution«, läßt sich nicht als konservative oder sozialreaktionäre, sondern, stellt man auf seine langfristigen Wirkungen ab, nur als nivellierende, ja geradezu sozialrevolutionäre Bewegung verstehen. Wo der Soziologe Dahrendorf apodiktisch und zuweilen impressionistisch formuliert, argumentiert der Historiker Schoenbaum differenzierend und empirisch ungleich besser abgesichert. Aber der Tenor beider Bücher ist derselbe: Hitlers Herrschaft brachte der deutschen Gesellschaft eine Modernisierung wider Willen. Die Nationalsozialisten brachen mit der überlieferten ständischen Abkapselung; sie zerschlugen um ihres politischen Monopolanspruchs willen zahllose Privilegien und entmachteten die alte feudale Herrschaftselite; sie lösten den Untertanen durch den Volksgenossen ab – und legten eben damit, ganz gegen ihre Absicht, den Grund für eine Gesellschaft freier Staatsbürger<sup>1</sup>.

Die revisionistische These hat eine beachtliche Wirkung gehabt. Sie ist in viele Monographien und in Gesamtdarstellungen des »Dritten Reiches« eingegangen und in der westlichen Geschichtsschreibung mittlerweile zur herrschenden Lehre avanciert. Der neue Ansatz war eine fruchtbare Herausforderung an alle, die, teilweise unter dem Einfluß marxistischer Interpretationen, zwischen der traditionellen Rechten und der Bewegung Hitlers keine qualitativen Unterschiede sehen wollten und die revolutionäre Dynamik des Nationalsozialismus unterschätzten. Dennoch blieben von Anfang an viele Fragen offen: Reichen die Aufstiegschancen, die der Nationalsozialismus seinen »alten Kämpfern« öffnete, wirklich aus, um für den Zeitraum der Jahre 1933 bis 1945 von einer drastisch erhöhten sozialen Mobilität zu sprechen? War die Liquidation der Erhebung vom 20. Juli 1944 tatsächlich schon das Ende des preußischen Junkertums? Welche empirischen Daten sprechen dafür, daß die Gesellschaft des »Dritten Reiches« von den Betroffenen *nicht* als Klassengesellschaft empfunden wurde?

Sieht man genauer hin, so sind die schlagendsten Belege für die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« meist solche, die gerade Soziologen wie Dahrendorf skeptisch stimmen müßten: nämlich nationalsozialistische Selbstzeugnisse. Die Historiker sollten seit Marx von den Soziologen so weit aufgeklärt worden sein, daß sie programmatische Aus-

<sup>1</sup> Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965; David Schoenbaum, Hitler's Social Revolution. Class and Status in Nazi Germany 1933 – 1939, Garden City, N. Y., 1966 (dt.: Hitlers braune Revolution, Köln 1968).

sagen zunächst einmal ideologiekritisch in Frage stellen. Die egalitäre Rhetorik der Nationalsozialisten für das zu nehmen, was die soziale Realität des »Dritten Reiches« ausmachte, würde einem Historiker heute zu Recht als Ausdruck methodologischer Naivität angekreidet werden. Ist es nicht an der Zeit, auch Soziologen an ihren Prämissen zu messen und ihnen den Rückfall in einen kruden Historismus mittels sozialgeschichtlicher Argumente zu erschweren? Anders und einfacher gewendet: Was spricht eigentlich dafür, die gesellschaftspolitischen Parolen der Nationalsozialisten zum Nennwert zu akzeptieren?

An empirischen Untersuchungen über die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 herrscht immer noch Mangel. Das hier anzuzeigende Werk, Timothy W. Masons schon vom Umfang her monumentales Buch »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft«, rechtfertigt sich aber nicht allein durch die Lücke, die es schließt. Es setzt zugleich Maßstäbe für das, was die Forschung noch zu tun hat. Was der in Oxford lehrende Historiker über die soziale Wirklichkeit in den Vorkriegsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft ermittelt hat, widerspricht der verbreiteten Annahme, das »Dritte Reich« habe die Abschaffung der Klassengegensätze nicht nur propagiert, sondern weitgehend auch erreicht. Nirgendwo, so stellt Mason bereits im Vorwort fest, würden die faktischen Grenzen der diktatorischen Macht des Herrschaftssystems so sichtbar wie im Bereich der Sozialpolitik und der Klassenverhältnisse; gerade auf diesem Gebiet lasse sich empirisch besonders gut nachprüfen, »ob die nationalsozialistische Diktatur tatsächlich eine bienenkorbartige Volksgemeinschaft unter Aufhebung aller klassen- und schichtenspezifischen Solidarität geschaffen« habe (S. XXI). Die weit über 200 Dokumente, die der Verfasser ganz oder auszugsweise veröffentlicht, lassen in der Tat keinen Zweifel daran, daß im nationalsozialistischen Deutschland die Klassengegensätze sich zwar notgedrungen anders artikulierten als in der Demokratie von Weimar, aber nichtsdestoweniger die Politik des Regimes maßgeblich bestimmten.

Die Argumentation Masons baut wesentlich auf dem auf, was man das »Novembertrauma« der nationalsozialistischen Führung nennen kann. 1918 hatte, der Dolchstoßlegende zufolge, die Arbeiterschaft sich gegen das kämpfende Reich aufwiegeln lassen und damit den Sieg verspielt. Die Furcht, daß sich im kommenden Krieg Ähnliches wiederholen könne, war für Hitler und für Robert Ley, den Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), ein wahrer Alptraum. Wohl hatten die Nationalsozialisten die Arbeiterorganisationen sogleich nach ihrer Machtübernahme brutal unterdrückt und damit das getan, was nach ihrer Meinung die Wilhelminische Führung 1914 aus Schwäche versäumt hatte, aber mit den Mitteln des Zwangs und der Propaganda allein ließ sich die nationale Eintracht vom August 1914 nicht dauerhaft wiederherstellen. Die Arbeiter mußten, wenn sie nicht ein systemfeindliches Element bleiben sollten, bis zu einem gewissen Grad auch *materiell* saturiert werden. Nichts ängstigte Hitler mehr als Unpopularität bei den Massen, und nichts konnte Unpopularität so leicht hervorbringen wie materielle Unzufriedenheit.

Als Instrument, das dem Regime die Loyalität der Arbeiter sichern sollte, diente die DAF. Ihre Funktion war es nicht nur, die Arbeiter zu indoktrinieren, sondern auch, sie in begrenztem Umfang für ihre politische Entrechtung zu entschädigen. In den ersten drei Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft bemühte sich die DAF vor allem darum, dem neuen Staat die sinkenden Arbeitslosenzahlen gutzuschreiben und die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß die Löhne weit hinter den sprunghaft gestiegenen Unternehmergewinnen zurückblieben und die wachsenden realen Wochenlöhne, global gerechnet, allein auf die Verlängerung der Arbeitszeit zurückgingen<sup>2</sup>. Seit 1936 wurde die Lage der DAF

<sup>2</sup> Nach Masons tabellarischer Übersicht (S. 61) stiegen die Vermögens- und Unternehmereinkommen plus unverteilter Gewinne insgesamt von 16,7 Mrd. RM im Jahr 1933 auf 25,2 Mrd. RM im Jahr 1936. Im gleichen Zeitraum stiegen die durchschnittlichen Stundenverdienste der Industriearbeiter (Index 1932 = 100) von 96,9 auf 102,5. Die Wochenverdienste der Arbeiter stiegen zwischen 1933 und 1936 (Index 1932 = 100) von 102,2 auf 116,6.

schwieriger. Mit knapp 1,6 Millionen Arbeitslosen erreichte Deutschland den höchsten Beschäftigungsstand seit 1929; die faktische Vollbeschäftigung war in unmittelbare Nähe gerückt. Diese Lage des Arbeitsmarktes machte es nun, wie Mason treffend formuliert, den Arbeitern möglich, »in einem gewissen Maße Bedingungen für die eigene politische Unterwerfung zu stellen. Da der DAF die Stabilisierung dieser Unterwerfung oblag, machte sie sich die Bedingungen der Arbeiterklasse dafür zum guten Teil zu eigen: Diese zielten zu allermindest auf einen Anteil an der steigenden Prosperität, was notwendigerweise zur Vermehrung und Verschärfung der Konflikte zwischen der DAF und denjenigen Instanzen und Interessen führte, die sich allen Lohnsteigerungen, der Bezahlung von Feiertagen, dem Ausbau betrieblicher Wohlfahrtseinrichtungen usw. widersetzen mußten« (S. 124). Noch schärfer gefaßt: Die DAF mußte, wenn sie wirklich einen ausreichenden Grad von Systemloyalität der Arbeiter erreichen wollte, eine quasi-gewerkschaftliche Rolle spielen. Als Staatsgewerkschaft war sie einerseits das offizielle Organ zur Disziplinierung der Arbeiter, andererseits der institutionalisierte Widerpart der materiell privilegierten Unternehmenseite. Die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeitsfront und der gewerblichen Wirtschaft, die vor allem zwischen 1936 und 1939 die wirtschaftspolitische Szene bestimmten, sind letztlich aus diesem inneren Widerspruch erklärbar. Leys persönliche Kompetenzgier wäre ohne diese objektive Disposition kaum so weitgehend befriedigt worden.

Daß die DAF innerhalb des »polykratischen« Herrschaftssystems des Nationalsozialismus einen innenpolitischen Machtfaktor erster Ordnung bildete, stellte sich nicht nur den Unternehmern aus Industrie und Handwerk und dem sie schützenden Reichswirtschaftsminister Schacht so dar – es *war* so. Den absoluten Höhepunkt ihres Einflusses erreichte die DAF in der Zeit zwischen der Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums durch den politisch schwachen Walther Funk im Februar 1938 und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Von der beruflichen Bildung über die innerbetriebliche Sozialpolitik bis hin zur Entlohnung der Arbeiter nahm die DAF ein Mitbestimmungsrecht für Fragen in Anspruch, die die Unternehmer autonom zu regeln wünschten und deren »Entpolitisierung« viele von ihnen sich gerade vom Nationalsozialismus erhofft hatten<sup>3</sup>. Während Mason für die Zeit vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges die Bedeutung der DAF auf Grund eines umfangreichen Quellenmaterials relativ hoch veranschlagt, sieht er ihre Macht während des Krieges schrumpfen. Auf die Erfüllung mancher ihrer Forderungen mußte die Arbeitsfront nach dem 1. September 1939 in der Tat verzichten. Aber ob man von einem definitiven Funktionsverlust der DAF in der Endphase des »Dritten Reiches« sprechen kann, bleibt beim gegenwärtigen Forschungsstand eine offene Frage. Vieles spricht dafür, daß im Falle eines deutschen Sieges die große Zeit der Arbeitsfront erst noch gekommen wäre. Die Rücksichten, die das Regime während des Krieges auf die Unternehmer nahm, erlauben jedenfalls nicht den Schluß, daß sich die DAF mit dieser Machtverteilung auf lange Sicht abgefunden hätte.

Der Zustand der Vollbeschäftigung, in den Deutschland nach 1936 – erstmals in der Geschichte überhaupt – eintrat, zog, wie Mason belegt, bisher völlig unbekannt gebliebene soziale und politische Konsequenzen nach sich. Zwischen den einzelnen Wirtschaftssparten, zwischen Rüstungsbetrieben und anderen Unternehmen, ja sogar zwischen den Rüstungs-

<sup>3</sup> Zum Polykratieproblem: Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 2, 1976, S. 417 – 442. Über die Konflikte zwischen Arbeitsfront und Organisation der gewerblichen Wirtschaft siehe jetzt auch meinen Aufsatz: Der entbehrliche Strand. Zur Mittelstandspolitik im »Dritten Reich«, in diesem Band, S. 1 – 40. Über die Arbeitsfront insgesamt auch: Timothy W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 322 – 351.

betrieben selbst fand ein Krieg aller gegen alle statt. Schon im Oktober 1936 begründeten die Reichsminister für Wirtschaft und Arbeit einen Gesetzentwurf zur Regelung des Arbeitseinsatzes mit »zahlreichen unerwünschten Begleiterscheinungen« des Arbeitskräftemangels. Da die Arbeitsämter nicht mehr in der Lage seien, die erforderlichen Arbeitskräfte nachzuweisen, griffen viele Unternehmer unter dem Druck der Verhältnisse zur Selbsthilfe und beschritten dabei oftmals Wege, die die Wirtschaftsmoral ungünstig beeinflussen mußten. »So wird des öfteren auch mit unlauteren Methoden versucht, anderen Unternehmungen die Facharbeiter abspenstig zu machen, um ohne Rücksicht auf die an der bisherigen Arbeitsstelle der angeworbenen Arbeitskräfte entstehenden Schwierigkeiten und ohne Rücksicht auf die Verdienste anderer Betriebsführer um die Heranbildung von Facharbeitern die hereingenommenen Aufträge ausführen zu können. Das entscheidende Mittel des ›Wegengagierens‹ ist das Angebot übermäßig erhöhter Löhne« (S. 199).

Dem erbitterten Kampf der Unternehmer um Arbeitskräfte entsprach eine verschärfte Konkurrenz unter den Arbeitern. In denjenigen Teilen der Arbeiterschaft, die in den »von der Belebung nicht so stark erfaßten oder durch den Rohstoffmangel beeinträchtigten Wirtschaftszweigen beschäftigt sind«, wachse – so drückte sich die zitierte (geheime) Begründung des Gesetzentwurfs aus – eine bedenkliche Unzufriedenheit. »Diese Volksgenossen, deren Verdienst häufig noch am Existenzminimum liegt und vorläufig auch nicht wesentlich aufgebessert werden kann, beginnen diesen Umstand als ungerechte Benachteiligung zu empfinden, wenn sie feststellen müssen, daß die ohnehin schon bessergestellten Facharbeiter einiger durch Staatsaufträge besonders begünstigter Gewerbe jetzt sogar ein Mehrfaches ihres eigenen Einkommens verdienen« (S. 200 f.). Im Klartext hieß das: Die Rüstung verdarb die Löhne, und die Löhne verdarben die Arbeiter.

Was im Herbst 1936 erst ansatzweise zu erkennen war, stand zwei Jahre später in voller Blüte. Die Wehrwirtschafts-Inspektion VI (Münster) berichtete im September 1938 dem Wehrwirtschaftsstab von einer ständigen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. »Das Bieten von Locklöhnen und Phantasiegehältern auf der einen Seite, auf der anderen die erzwungene Erhöhung bestehender Akkorde ohne Mehrleistung, die Verweigerung der Arbeit bei Festhalten an den bestehenden Löhnen, ja sogar die geflissentliche Verweigerung disziplinierter Arbeit bis zur bewußten Ablieferung von Ausschuß, um aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis herauszukommen, sind in den Betrieben keine Seltenheit mehr« (S. 275).

Der Wert des Faktors Arbeit stieg seit 1936 im Kurs so hoch, daß die Arbeiter bis an die Schwelle des Streiks gingen, um ihren materiellen Forderungen Geltung zu verschaffen. »Streikversuche von Arbeitern, die zu den Konjunkturberufen gehören und weitere Lohn erhöhungen durchsetzen wollen, bilden leider keine Ausnahmeerscheinung mehr«, so klagte bereits im August 1936 der Reichsarbeitsminister (S. 195). Anfang 1938 erklärten Arbeiter aus Schlesien beim Bau des Stichkanals für die Hermann-Göring-Werke, daß sie für einen Lohn von 0,52 RM nicht arbeiten könnten; ein Viertel der Arbeiter verließ die Baustelle wieder. »In Gandersheim«, berichtet ein »Reichstreuhand der Arbeit«, »verlangte die gesamte Gefolgschaft (140 Mann) eines Baubetriebes Lohnerhöhungen von zunächst 0,10 RM und drohte mit Arbeitsniederlegung« (S. 609). »Leistungszurückhaltung« war offensichtlich das Mindeste, was die Arbeiter praktizierten, um höhere Löhne zu erreichen, und sie taten es mit Erfolg<sup>4</sup>.

Für die nationalsozialistische Führung erwachsen aus der Renitenz der Arbeiter schwerwiegende Probleme. Mason spricht von einer »Krisenspirale ohne Ende«: Die forcierte Aufrüstung hatte die Vollbeschäftigung zur Folge, die Vollbeschäftigung aber gefährdete

<sup>4</sup> Geht man vom Index Dezember 1935 = 100 aus, so stiegen die Stundenverdienste sämtlicher Arbeitergruppen vom Juni 1937 bis zum Juni 1939 von 102,5 auf 110,9. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Wochenverdienste sämtlicher Arbeitergruppen von 105,4 auf 117,4 (Mason, S. 798).

wiederum die Rüstungsziele. Das steigende Einkommen der Massen machte es immer schwieriger, »den erforderlichen Anteil des Sozialprodukts, der Rohstoffreserven, der Industriekapazität und der arbeitenden Bevölkerung der Aufrüstung zuzuordnen. Die Unterordnung der Innen- unter die Außenpolitik und die Strategie war im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik gerade durch die Aufrüstung gefährdet. Der Behebung dieser Gefahren durch Maßnahmen zur Einschränkung des Konsums und zur Bewirtschaftung von Arbeitskräften stand die Besorgnis der Herrschenden um die politische Gunst der Beherrschten entgegen« (S. 104). Dem Arbeitskräftemangel, von dem zunächst Handwerk und Landwirtschaft, dann die Konsumgüterindustrien und schließlich alle Branchen der Wirtschaft betroffen waren, konnte mit dem deutschen Potential allein nicht mehr abgeholfen werden. Die Folge dieses Mangels waren Produktionsstockungen, wobei diejenigen bei Eisen und Stahl am stärksten ins Gewicht fielen. Dazu kamen Engpässe an importierten Rohstoffen und flüssigem Kapital. Die innere Verschuldung des Reiches war, wie Göring in der ersten Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 18. November 1938 offen einräumte, »schon so hoch, daß sie im Sinne einer kaufmännischen Abtragung gar nicht mehr auszurechnen ist, das muß eben einmal anders gemacht werden [...]« (S. 930). Die Preisstopp-Verordnung vom November 1936 half zwar, die inflatorischen Effekte der Rüstungspolitik vor der Öffentlichkeit zu verbergen, aber eine Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik hätte in absehbarer Zeit zum volkswirtschaftlichen Kollaps führen müssen.

Die wirtschaftliche und soziale Krise, in die Deutschland seit 1936 geraten war, wurde nach Mason notwendig auch zur politischen Systemkrise. Die Leistungsverweigerung der Arbeiter, so argumentiert er, hatte nicht nur eine materielle, sondern auch eine politische Seite; es ging den Lohnabhängigen nicht nur um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern auch um Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime und gegen dessen immer deutlicher hervortretende Kriegsabsichten. Mason spricht in diesem Zusammenhang von dem »Grundwiderspruch jeder modernen imperialistischen Expansionspolitik«, nämlich der »Unversöhnbarkeit der Interessen und Traditionen der Arbeiterklasse mit den Erfordernissen eines Eroberungskrieges« (S. 14). Als ein Indiz für die Politisierung der Arbeiter führt er an, daß nach Kriegsbeginn die Gestapo für alle Fälle von Arbeitsverweigerung zuständig wurde und gegen »Bummelanten« sogleich mit exemplarischem Terror vorging. Der politische Widerstand von Arbeitern, vor allem solchen, die in der sozialdemokratischen und der kommunistischen Tradition standen, ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber Mason differenziert nicht genug, wenn er der sinkenden Arbeitsdisziplin generell ein politisches Motiv zuspricht und sie auf die Ebene des bewußten antifaschistischen Kampfes hebt. In Wirklichkeit war vieles von dem, was sich unter den Vorzeichen der Vollbeschäftigung in Deutschland abspielte, gar kein spezifisch nationalsozialistisches Phänomen. Auch in England gab es nach Kriegsausbruch, als das Land erstmals eine Phase der Vollbeschäftigung erlebte, zahlreiche Fälle von Leistungsverweigerung<sup>5</sup>. Der verständliche Wunsch, in der Arbeiterklasse den aktiven Widerpart von Faschismus und Krieg zu sehen, sollte nicht zu einem idealisierenden Bild ihres Bewußtseins und ihres Verhaltens in einem totalitären System verleiten.

Wenn aber das nationalsozialistische Herrschaftssystem von den Arbeitern in seiner Existenz nicht unmittelbar bedroht war, dann wird nicht nur Masons Behauptung von der politischen Krise des »Dritten Reiches« in den Jahren 1936 bis 1939 fragwürdig, sondern auch eine weitere These: Die soziale, wirtschaftliche und politische Krise habe der politischen Führung die Flucht nach vorn, den Entschluß zum Krieg, nahezu aufgezwungen. Gewiß war die Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr über längere Zeit hinweg aufrechtzuerhalten. War jedoch das System 1939 politisch weniger

<sup>5</sup> Vgl. dazu *Angus Calder, The People's War. Britain 1939 - 1945*, London 1969; zum gleichen Thema demnächst auch *Dörte Winkler, Frauenarbeit im »Dritten Reich«*, Hamburg 1977.

labil, als Mason meint, so verliert die Auffassung, innere Gründe hätten den *Zeitpunkt* des Kriegsbeginns diktiert, einiges von ihrer Plausibilität. Daß die Krise der Vorkriegsjahre allenfalls das »timing« der Kriegsentfesselung und nicht die grundsätzliche Entscheidung zum Krieg erklären könnte, betont Mason selbst mit Nachdruck<sup>6</sup>. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Jahre 1936 und 1939 sind auch für ihn eine Folge von Hitlers seit langem feststehendem Willen, einen Eroberungskrieg zu führen. Für Hitlers Entschluß, mit dem Angriff auf Polen nicht länger zu warten, war 1939 aber doch wohl die internationale Konstellation von primärer Bedeutung. Wie Jost Dülffer überzeugend dargelegt hat, hatte das nationalsozialistische Deutschland ein Wettrüsten ausgelöst, das es nun selbst in Zugzwang brachte. Ließ sich Deutschland mit dem Krieg Zeit, so mußte sich seine relative militärische Position zunehmend verschlechtern. Die Blitzkriegsstrategie wäre damit von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen<sup>7</sup>.

Masons Werk steht und fällt jedoch nicht mit seinen anfechtbaren Thesen. Von seinen vielen Einsichten werden die meisten Bestand haben. Mindestens zwei davon sind grundlegend. *Erstens*: Es wird künftig nicht mehr bestritten werden können, daß die Wirtschaftspolitik des »Dritten Reiches« einerseits auf Krieg angelegt war, andererseits ihn faktisch unvermeidbar machte. Nur über militärische Eroberungen konnte der deutsche Rohstoff-, Kapital- und Arbeitskräftemangel ausgeglichen werden. Überfälle auf Nachbarländer waren *früher oder später* notwendig – nicht nur, um weitergesteckte Ziele zu erreichen, sondern auch, um den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern. *Zweitens*: Die Volksgemeinschaft blieb ein Mythos. Die Propaganda des Regimes konnte die Massen nicht zu jener heroischen Opferbereitschaft bewegen, die die Führung ständig beschwor. Das Bewußtsein von gegensätzlichen Klasseninteressen war durchaus präsent: Die Arbeiter vergaßen nicht, daß sie »unten« und andere »oben« waren. Die Nationalsozialisten ihrerseits wagten nicht, die Massen durch eine radikale Minderung ihres Lebensstandards herauszufordern. Auch im Krieg wurde den Deutschen – den Frauen zumal – von ihrer Führung weniger an Entbehrungen und Belastungen zugemutet als in den westlichen Demokratien<sup>8</sup>. Die Ausplünderung des europäischen Ostens und die Ausbeutung von Millionen ausländischer Zwangsarbeiter erlaubten es den Machthabern, ihre eigenen Landsleute vor »Steckrübenwintern« nach Art des Ersten Weltkrieges zu bewahren. Das »Novembertrauma« wirkte bis zum bitteren Ende nach. Es trug entscheidend dazu bei, daß die nationalsozialistische Diktatur nicht von innen, sondern von außen gestürzt wurde.

Die sozialgeschichtliche Erforschung des »Dritten Reiches« ist durch Masons Buch in eine neue Phase eingetreten. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des »Dritten Reiches« ist noch nie so umfassend herausgearbeitet worden wie von diesem Autor. Mason ist weit davon entfernt zu bestreiten, daß die Nationalsozialisten tiefgreifende soziale Veränderungen bewirkt haben. Diese Veränderungen gingen ironischerweise vor allem zu Lasten solcher Kräfte, die am unmittelbarsten an der nationalsozialistischen Machtergreifung beteiligt gewesen waren. Der Großgrundbesitz wurde dadurch geschwächt, daß die Rüstungskonjunktur ihm einen erheblichen Teil der Landarbeiter entzog – zwischen 1933 und 1938 sank ihre Zahl von 2,5 auf 2,1 Millionen oder um 16 % –; zahlreiche Hand-

6 Noch pointierter als in dem hier besprochenen Buch geschieht das in seinem Aufsatz: Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939, in: Friedrich Forstmeier / Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 158 – 188.

7 Jost Dülffer, Der Beginn des Krieges 1939: Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem, GG 2, 1976, S. 443 – 470.

8 Daß Frauen aus dem gehobenen bürgerlichen Milieu im Krieg wesentlich mehr geschont wurden als solche aus der Arbeiterklasse, relativiert etwas die These von Mason, die Furcht vor einer Rebellion des Proletariats sei die Haupttriebkraft der nationalsozialistischen Sozialpolitik gewesen. Vorurteile, die man durchaus »bürgerlich« nennen kann, hinderten Hitler daran, die Härten des Krieges in gleicher Weise auf alle Schichten zu verteilen. Vgl. dazu die in Anm. 5 angekündigte Arbeit von Dörte Winkler und ihren Beitrag in diesem Band, S. 99 – 126.

werker und Kleinhändler wurde im Zeichen kriegswirtschaftlicher »Auskämmaktionen« zur Stilllegung ihrer Betriebe gezwungen; die meisten kleineren und mittleren Unternehmer wurden als »nicht kriegswichtig« eingestuft und bei der Rohstoffzuteilung entsprechend diskriminiert. Alle diese Strukturveränderungen widersprachen dem Programm und den Versprechungen der Nationalsozialisten, aber sie waren unvermeidbar, wenn das wichtigste aller nationalsozialistischen Ziele erreicht werden sollte: die Eroberung von »Lebensraum« für die »germanische Herrenrasse«. Die langsame Aushöhlung des Großgrundbesitzes und die Schließung leistungsschwacher Kleinbetriebe kann wohl als eine partielle Modernisierung der deutschen Gesellschaft verstanden werden, aber kaum als soziale Revolution. Noch weniger angemessen ist dieser Ausdruck, wenn man an die sozialen Beziehungen im industriellen Bereich denkt. Die Klassegegensätze wurden durch den Nationalsozialismus nicht abgeschliffen, sondern nur zeitweise verhüllt. Die größte soziale Zäsur, die der Nationalsozialismus gesetzt hat, ist sein Zusammenbruch. Ohne die militärische Niederlage Deutschlands wäre die wirtschaftliche Macht des Großgrundbesitzes kaum so radikal gebrochen worden, wie das in der sowjetischen Besatzungszone geschah. Die Bevölkerungsbewegungen, die der Vormarsch der Roten Armee auslöste, waren auch ein Stück irreversiblen sozialen Wandels. Wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik sich von der der ersten Republik grundlegend unterscheidet, dann freilich auch und vor allem infolge des langanhaltenden Wirtschaftswachstums der zweiten Nachweltkriegszeit, das ein vergleichsweise hohes Maß an sozialer Mobilität hervorgebracht hat. Die vorindustriellen Relikte, die die deutsche Gesellschaft bis 1945 entscheidend geprägt haben, gehören weitgehend der Vergangenheit an. Nichts von dem, was sich *während* der nationalsozialistischen Herrschaft in der deutschen Gesellschaft verändert hat, hat dieselbe historische Tragweite wie dieses Faktum.